

Wolf-D. Bukow

Warum man in den Städten bei der Migration aus Südosteuropa reflexartig auf latent rassistische Deutungs- und Steuerungsmechanismen zurückgreift, statt sich auf die eigene Geschichte im Umgang mit Einwanderung zu besinnen

Abstract

In der letzten Zeit hat ein vermehrter Zuzug von Menschen aus Südosteuropa stattgefunden. Sie sind als regionale Flüchtlinge und/oder Arbeitsmigranten nach Deutschland gekommen, um einer Situation, die teilweise sogar durch eine ethniserende Diskriminierung und teilweise offene rassistische Gewalt gekennzeichnet ist, zu entkommen, und um ihre Chancen als EU-BürgerInnen wahrzunehmen. Auf diese Weise versuchen sie, ihre Lebenssituation nachhaltig zu verbessern.

Bislang scheint es aber zumindest den Teilen dieser Bevölkerungsgruppe, die ohne die von der EU geforderten akademischen oder fachlichen Kompetenzen einreisen, oft nicht zu gelingen, hier eine tragfähige Lebensperspektive zu entwickeln. Die Lebenssituation, das Alltagsleben, die Wohnsituation, die gesundheitliche Befindlichkeit, die beruflichen Möglichkeiten, die Lage der Kinder und Jugendlichen sowie die Bildungssituation dieser Teilgruppe, die ca. 20% der Einwanderung aus Südosteuropa ausmacht, ist in spezifischer Weise prekär. Dafür gibt es viele Gründe: Ein wichtiger Grund ist, dass speziell dieser Teilgruppe die Zugehörigkeit zu den Roma und in Verbindung damit ihre Armut, ihre sprachliche, religiöse und kulturelle Orientierung vorgeworfen wird. Hinzu kommt, dass speziell diese Gruppe, anders als seiner Zeit die sogenannten "Gastarbeiter", und später die Übersiedler und die "Russlanddeutschen" und andere privilegierte Einwanderer bei uns über keinerlei Andockpunkte verfügen, sondern auf Bekannte und Mittler angewiesen sind. Das macht sie ausbeutbar und erpressbar.

Hier sind die Städte in einer ganz besonderen Weise gefordert. Aber es fällt ihnen mitunter schwer, sich der Situation unvoreingenommen und konstruktiv zu stellen. Das hat nicht nur mit einer europaweit beobachtbaren zunehmend antiziganistischen „Stimmung“ zu tun, sondern auch damit, dass viele Städte immer noch nicht über eine nachhaltige Einwanderungspolitik verfügen und folglich jeder neuen Einwanderung gegenüber erst einmal hilflos reagieren.

Working Paper 2013/04

Worum es geht¹

Die aktuellen Verlautbarungen aus Städten wie Dortmund und Duisburg und daran anknüpfend auch sogar vom Städtetag zum Thema Zuwanderung aus Südosteuropa haben alle ein Ziel²: Sie sollen klar machen, dass man sich von dem aktuellen Migrationsgeschehen und insbesondere von den “Armutsfüchtlingen” überfordert fühlt und sie deshalb endlich an der Einreise gehindert werden sollten. Und damit die Botschaft auch ankommt, wird vor einer weiteren riesigen Einwanderungswelle gewarnt, wenn Anfang 2014 die bisherigen Arbeitsrestriktionen weiter gelockert werden.³ Ich möchte diesen Befürchtungen in der folgenden Skizze in viererlei Hinsicht entgegentreten.

1. Eigentlich ist Migration für Stadtgesellschaften normal und wird nur dann wirklich zu einem Problem, wenn die Kommunen, statt sich auf die eigenen teils Jahrhunderte alten eigenen Erfahrungen zu besinnen, restriktiven nationalstaatlichen Vorgaben folgend Staat im Kleinen spielen.
2. Wenn man genauer hinschaut, dann sieht man, dass die gegenwärtige Einwanderung aus Südosteuropa soweit wie möglich längst dem bürgerlichen Migrationsformat folgt und nur ein kleiner Teil wegen entsprechender EU-Regelungen noch immer nationalstaatlich reglementierten Formaten (z.B. zirkuläre Migration) folgen muss.
3. Tatsächlich gerät auch nur der Teil der Migranten in Schwierigkeiten, der dem nationalstaatlich definierten Migrationsformat folgen muss, zumal dieser kleine Teil dann auf “einfache” Quartiere angewiesen ist, die häufig schon seit der Gastarbeitereinwanderung vernachlässigt wurden und unter Prekarisierung, Skandalisierung und Kriminalisierung leiden, also nicht mehr wie *arrival cities* funktionieren.
4. Letztlich sind die beklagten Probleme “hausgemacht”, was darauf hinweist, dass es den klagenden Kommunen immer noch schwer fällt, zu begreifen, dass sie eine globalisierte Stadtgesellschaft darstellen, für die Mobilität und Diversität nicht eine Gefahr, sondern immer noch eine Ressource darstellen, auch wenn sich die globale Dynamik verschärft.

¹ Zu der Argumentationsweise vgl. auch Bukow 2013 b und c.

² Positionspapier des Deutschen Städtetages zu den Fragen der Zuwanderung aus Rumänien und Bulgarien vom 22.1.2013 (Berlin)

³ Besonders betroffen seien Frankfurt/Main, Offenburg, Mannheim, Köln, Hannover, München, Hamburg, Dortmund und Duisburg. Diese Städte schlossen sich im Sommer 2012 zu einer Arbeitsgruppe innerhalb des Städtetages zusammen und erarbeiteten gemeinsam das Positionspapier.

Der Hintergrund für diese Kritik ist eine Studie, die als “Wissenschaftliche Begleitung für eine interkommunale Kooperation zur Entwicklung eines Handlungsrahmens ‘Zuwanderung aus Südosteuropa’” im Auftrag der Stadt Dortmund 2011-2012 durchgeführt wurde.

1.

Warum die Klage der Städte Irritationen auslöst

Diese einleitend notierten Verlautbarungen lösen bei vielen Beobachtern erhebliche Irritationen aus. Sie stehen nämlich in einem deutlichen Kontrast zu einer ganzen Reihe von Befunden: Grundsätzlich gilt es festzuhalten, dass gerade auch die hier klagenden Städte überhaupt nur auf der Basis von Einwanderung entstanden sind und dass an dieser Einwanderung zudem maßgeblich “Armutsfüchtlinge” beteiligt waren. Übrigens waren auch damals schon Arbeitssuchende aus dem gesamten südöstlichen Europa beteiligt. Und wenn man sich die aktuelle Situation anschaut, so wird man schnell bemerken, dass es sich hier und heute um eine vergleichsweise kleine Gruppierung handelt, die noch dazu den Regelungen der EU und des Landes entsprechend weitgehend sozialversicherungspflichtiger Tätigkeit nachgeht⁴ und dementsprechend “unsichtbar” (Jonutz 2009) ist⁵. Illustriert wird die Warnung denn auch nur mit einem Hinweis auf einen sehr kleinen Teil dieser an sich schon vergleichsweise kleinen Gruppe. Hierbei handelt es sich um speziellen, den EU-Rahmenbedingungen folgenden zirkulären Migranten, die in schon lange prekarierten Quartieren unterzukommen versuchen und genötigt sind, nach einer quasi selbstständigen Tätigkeit zu suchen. Das Ziel ist stets das gleiche, sie wollen sich selbst und ihrer Familie das Überleben sichern. Im Grunde handelt es sich bei der aktuellen Einwanderung um Menschen aus dem gesamten gesellschaftlichen Spektrum des Herkunftslandes. Daraus folgt zweierlei: Erstens handelt es sich insoweit um eine wohlvertraute und häufig zu beobachtende Situation, in der sich Migration allmählich zu einer ganz normalen Mobilität wandelt. Und zweitens bedeutet das, dass sich die Strukturen der Einwandererpopulation und der aufnehmenden Stadtgesellschaft ähneln. Sozialstrukturell betrachtet bleibt im Prinzip alles wie es ist: Zur eingesessenen Ärztin kommt ein neuer Arzt hinzu, zum Facharbeiter eine neue Facharbeiterin, zur Altenpflegerin eine neue Altenpflegerin und zu dem Saisonarbeiter eine neue Saisonarbeiterin usw.

Diese Verlautbarungen sind aber noch aus anderen Gründen eigentümlich. Gerade die Ruhrgebietsstädte, die hier mit ihrer Klage vorangehen, leiden ja unter einem zunehmenden Bevölkerungsschwund und sind deshalb eigentlich auf Einwanderung angewiesen, um ihre Infrastruktur und ihren Wirtschaftskreislauf wie gewohnt aufrecht erhalten zu können. Die

⁴ Im Jahre 2012 sind 120 000 Menschen aus Rumänien und Bulgarien in Deutschland sozialversicherungspflichtig tätig gewesen und ca 28 000 waren Hartz-IV-Leistungsempfänger (teilweise auch nur Aufstocker).

⁵ Das Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung stellte am 2.3.2013 fest, dass die Arbeitslosigkeit unter dieser Gruppe geringer ist als im Durchschnitt der “Ausländer” insgesamt

hier skandalisierte Gruppe ist dazu jedoch viel zu klein. Es bleibt bei einem deutlichen Bevölkerungsschwund, was allerdings wiederum bedeutet, dass diese Städte zunehmend über freie Ressourcen verfügen dürften, die es ihnen leichter machen sollten, diese vergleichsweise sehr kleine Gruppe einzubinden. Inwiefern fühlt man sich dann überfordert?⁶

Vor diesem Hintergrund ist dann aber doch zu fragen, warum es zu dieser Klage über “Armutsfüchtlinge” überhaupt kommt. Der Verdacht liegt nahe, dass das Problem nicht auf der Einwanderung als solcher beruht, sondern mit einer unerwünschten Zusammensetzung dieser Gruppe – ob sie nun versicherungspflichtig arbeitet oder nicht – zu tun hat. Der nachdrückliche Verweis auf “Armutsfüchtlinge” ist eigentlich trivial, weil Einwanderer dies ja fast immer sind. Denn dass ausgerechnet das Ruhrgebiet Hochqualifizierte oder gar Steuerflüchtlinge anzieht, ist ja wohl kaum zu erwarten. Die Menschen hier, vom Arzt angefangen und endend beim Lohnarbeiter, kommen, weil sie ihre Armut überwinden wollen. Der Verweis auf “Armutsfüchtlinge” muss anders gemeint sein, wenn die meisten dieser “Armutsfüchtlinge”, selbst wenn sie besonders arm sein mögen und sogar aus prekären Verhältnissen kommen, in Deutschland (Anm. 4) sozialversicherungspflichtig tätig sind.

Worum es eigentlich geht, wird erst erkennbar, wenn man die Debatte genauer verfolgt, weil nämlich gelegentlich auch statt vor der Einwanderung aus Südosteuropa vor der Einwanderung von Roma aus Bulgarien und Rumänien gewarnt wird, von denen noch dazu gelegentlich erwähnt wird, dass sie meist einer türkischsprachigen Minderheit angehören. Spätestens jetzt wird es spannend, weil damit der Anschluss an zwei ganz andere Debatten hergestellt wird, nämlich an die speziell bei uns immer wieder aufflammende Integrationsdebatte über die türkischsprachige Bevölkerungsgruppe und dann auch noch die Kulturdifferenzdebatte über die Roma. Wir haben es also weniger mit einem empirischen Problem als mit einer politischen Strategie zu tun, nämlich damit, sich sich einer globalgesellschaftlichen Entwicklung und deren Auswirkungen durch den Rückgriff auf “bewährte” nationalstaatlich aufgeladene Diskurse zu entziehen. Etwas einfacher formuliert: Die Vermutung liegt nahe, dass man in bestimmten Städten bei der Migration aus Südosteuropa schon fast reflexartig auf altvertraute und latent rassistische bzw. antiziganistische Deutungs- und Steuerungsmechanismen zurückgreift, weil man die sich ja seit langem abzeichnende globalgesellschaftliche Entwicklung verpasst hat. Es klingt wie *roma ante portas*.

Vor diesem Hintergrund bietet sich an, sich zunächst noch einmal der globalgesellschaftlichen, von Mobilität und Diversität geprägten urbanen Realität zu

⁶ Die hier von Städten wie Duisburg oder Dortmund genannten Zahlen halten einer kritischen Überprüfung nicht stand und sind politisch aufgeladen. Sie ignorieren erstens die Merkmale zirkulärer Migration. Sie berechnen zweitens Leistungen, die zu den infrastrukturellen Grundleistungen einer Kommune gehören und dementsprechend von der Zu- und Abnahme der Bevölkerung insgesamt abhängen. Und sie ignorieren völlig, dass ja nicht nur Lohnarbeiter, sondern auch Ärzte kommen, was unter dem Strich sehr profitabel ist, zumal man sich ja die Ausbildung der Fachkräfte auch erspart hat. Welche Kosten Einwanderung verursacht, ließe sich nur im Rahmen einer empirisch fundierten und langfristigen Kosten/Nutzenanalyse und im Kontext einer Debatte über integrierte Stadtentwicklung identifizieren.

vergewissern⁷, dann einen Blick auf die Spielregeln zu werfen, nach denen heute Migration verläuft, und schließlich zu prüfen, wo hier etwas “aus dem Ruder läuft”. Das Ziel wäre dann zu überlegen, ob es nicht um etwas ganz anderes gehen müsste, nämlich darum, dass die Stadtgesellschaften ihren Umgang mit Mobilität und Diversität einmal grundsätzlich überdenken, damit die aufgeworfenen Fragestellungen ggf. zukünftig sachadäquater angegangen werden können, damit sich der offenbar wie selbstverständliche Rückgriff auf sozialrassistische genauso wie auf klassisch-antiziganistische Alltagserzählungen (Mikrodiskurse) endlich erübrigt (Lausberg 2012).

2.

Mobilität und Vielfalt gehören zu den basalen Eigenschaften der Stadtgesellschaft

Die Globalisierung verändert über die neuen Medien und Mobilitätsformen sowie die neuen Märkte in einem bislang unbekanntem Umfang die Situation in allen Stadtgesellschaften. Man kann die Effekte der neuen Medien, Mobilitätsformen und Märkte heute schon fast wie einen Fußabdruck überall im urbanen Alltag wahrnehmen. Besonders plastisch ist das bei der Mobilität, wobei es hier weniger um die alltägliche Mobilität als um eine längerfristige bzw. langfristige Veränderung von Mobilität geht, die zudem häufig an dem Wandel der Bevölkerung abzulesen ist. Die Quartierbevölkerung verändert sich zunehmend schneller. Bei genauerem Hinschauen erkennt man aber einen zunehmenden medialen und ökonomischen Wandel, der den Alltag in all seinen Facetten tatsächlich zu einem Fußabdruck einer globalisierten Gesellschaft macht.

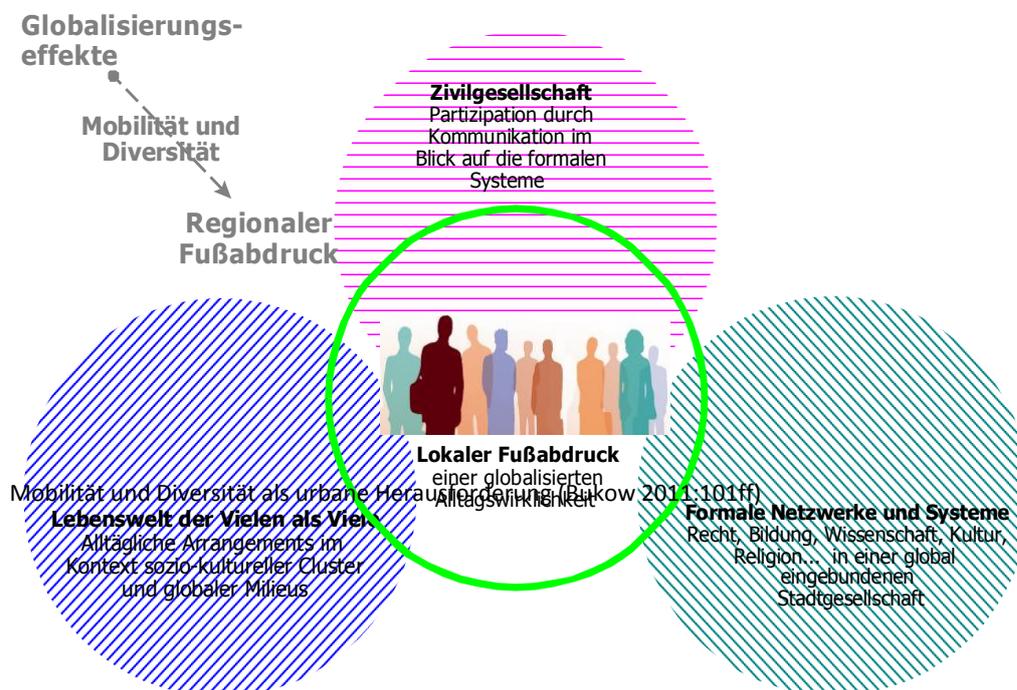
Ganz deutlich gilt das zunächst für die alltäglichen Lebensgewohnheiten und für die bauliche Gestaltung der Wohnungen, Gebäude, Straßen, der Infrastruktur und der urbanen Räume insgesamt. Das gilt aber auch im Blick auf die Lebenswelt der Bevölkerung: Die Bevölkerung wird vielfältiger; es entwickeln sich immer unterschiedlichere Lebensstile und zunehmend heterogene, ja hybride Selbstbeschreibungen. Diese Ausdifferenzierung der Lebenswelt zu speziellen Milieus evoziert neue Kommunikationsstrukturen (Cluster) und Diskursgemeinschaften (Milieus) mit entsprechenden Bezugsgruppeneffekten. Von hier ist es oft nur ein kleiner Schritt zu einem lokalen Engagement, zu lokalen Publikationen, zu Internetforen, Sozialen Netzwerken und “Second Life”⁸. Damit entstehen aber auch neue Verankerungsmöglichkeiten für zivilgesellschaftliche Aktivitäten und neue Formen gesellschaftlicher Partizipation wie “ePartizipation” (Bukow, Preissing 2010), deren zunehmende gesellschaftliche Brisanz nicht unterschätzt werden sollte. Freilich setzt das

⁷ Zur Darstellung der Auswirkungen von Mobilität und Diversität auf die Stadtgesellschaft verweise ich auf Wolf-D. Bukow (2013): Mobilität und Vielfalt als gesellschaftliche Herausforderung. In Enzyklopädie Erziehungswissenschaft Online (EEO), Fachgebiet Interkulturelle Bildung, hrsg. von H.-J. Roth u. Ch. Anastasopoulos, Weinheim u. München: Juventa (www.erzwissonline.de DOI 10.3262)

⁸ Das seit 2003 verfügbare System hatte im Januar 2012 rund 28 Millionen registrierte Benutzerkonten. Rund um die Uhr sind gleichzeitig 5.000 bis 60.000 Nutzer eingeloggt.

arbeits- und anpassungsfähige und zunehmend formalisierte Strukturen voraus – Strukturen, die “ohne Ansehen der Person” die zentralen Komponenten für eine gesellschaftlich ertragreiche Existenzweise sichern. Solche Strukturen müssen vor allem folgende Komponenten urbaner Existenzweisen absichern: Arbeiten, Wohnen, Bildung, Öffentlichkeit und Mobilität, Kommunikation, Kultur, Gesundheit und Infrastruktur. Wenn man so überlegt, dann wird ein Regulationsmechanismus erkennbar. Die zunehmende Globalisierung führt im Verein mit neuen technologischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten zu einer massiven Ausdifferenzierung des Alltags und nötigt die Bevölkerung dazu, ihre Bedürfnisse immer wieder neu zu arrangieren. Der Rückgriff auf die Lebenswelt verhilft ihr dazu, dieses Arrangement emotional abzusichern, das Engagement in der Zivilgesellschaft verschafft ihr den Zugang zur Öffentlichkeit und ermöglicht es ihr, ihre Interessen anzumelden, von denen sie erwartet, dass sie in den gesellschaftlichen Systemen berücksichtigt werden. Es ist klar, dass in einer Situation, in der sich Mobilität und Diversität beschleunigen, diese Dynamik an Macht gewinnt und für die Stadtgesellschaft insgesamt zu einer Herausforderung wird.

In dieser Situation bedarf es vor allem eines anpassungsfähigen politischen Systems, das einerseits die Belange der Bevölkerung antizipiert und andererseits für eine Einflussnahme der Zivilgesellschaft offen ist. Das politische System ist der Ort, an dem die skizzierte Dynamik letztlich bewältigt werden muss. Erst dann wird aus dem Regulationsmechanismus ein konstruktiver Prozess: Die im Kontext der Lebenswelt entstehenden Impulse führen zu zivilgesellschaftlichen Aktivitäten, die wiederum auf die formalen Strukturen einer



Stadtgesellschaft einwirken, die ihrerseits die Bedingungen beeinflussen, unter denen sich die Lebenswelt der “Vielen als Viele” entfaltet (Vertovec 2010).

Wir haben es in den modernen Stadtgesellschaften (siehe Abbildung) demnach mit drei Bereichen von gesellschaftlicher Wirklichkeit zu tun, deren ganze Brisanz erst deutlich wird, wenn man sich Stadtregionen wie die Rhein-Main-Region (5,5 Millionen Einw.), Lagos (16 Millionen Einw.) bzw. Mexiko City (21 Millionen Einw.) oder eben den Rhein-Ruhr-

Raum (11,7 Millionen Einw.) anschaut (Eckardt, Eade 2011). Zugleich macht dieser Hinweis noch einmal deutlich, dass die Stadtgesellschaften heute zur entscheidenden Bezugsgröße für gesellschaftliches Zusammenleben avanciert sind. Die alltäglichen Belange spielen sich in der Stadtgesellschaft ab und werden von dort aus direkt global vernetzt. Übergeordnete Institutionen von Bundesländern über den Staat bis hin zur EU spielen nur noch in ganz bestimmten Zusammenhängen eine wahrnehmbare Rolle und werden in jedem Fall kaum noch für allein entscheidend gehalten. Das gilt schon lange für die Religionssphäre, neuerdings aber auch immer mehr für die Rechtssphäre, für die Bildung und zunehmend auch die ökonomischen Zusammenhänge. Die Brisanz dieser Entwicklung zeigt sich erst neuerdings wieder in den Auseinandersetzungen in den arabischen Ländern, wo z.B. im Namen der Menschenrechte und der mit ihnen gleich gesetzten urbanen Belange nationale Strukturen und Rechtssysteme kritisiert werden.

3.

Eine besondere Rolle spielen in dieser Dynamik Mobilitäts- und Diversitätsformate

Das oben skizzierte Bild erfasst nur so etwas wie eine allgemeine grammatische Grundstruktur urbanen Zusammenlebens – eine Grundstruktur, die vor allem Mobilitäts- und Diversitätsprozesse stadtgesellschaftlich einbettet. Wichtig ist dabei allerdings, dass diese Prozesse aus mehr als einer Veränderung der Oberfläche des Alltagslebens bestehen. Sie basieren auf komplexen sozio-kulturellen Vorgängen. Sie sind insbesondere die Folge der Realisierung bestimmter *sozialer Formate*. Solche Formate definieren beispielsweise die Existenzweise als Einwanderer, als Flüchtling oder als Saisonarbeit und begleitender *kultureller Formate*, wie sie durch die Öffentlichkeit über die neuen Medien bis hin zur Werbung vermittelt werden. In der Regel treten bestimmte soziale Formate mit entsprechenden kulturellen Formaten verknüpft auf und gewinnen auf diese Weise eine formal wie inhaltlich ausgewiesene spezielle gesellschaftliche Bedeutung. Insofern kann man vereinfacht von “wohldefinierten” *sozio-kulturellen Formaten* sprechen. Damit wird auch schon deutlich, dass solche Formate in der Regel Konstruktionen darstellen, die sich entweder historisch eingespielt haben oder, was sehr viel häufiger ist, gesellschaftspolitisch, also “top down” erzeugt werden.

Um die jeweilige Relevanz derartiger Formate erkennen zu können, muss man einen kurzen Blick auf ihre Entwicklung, ihre aktuelle Ausprägung und ihre Auswirkungen werfen. Die Schwierigkeiten, die Stadtgesellschaften mit der Einstellung auf immer neue Formen von Mobilität und Diversität haben, basieren nicht zuletzt darauf, dass sie oft die zentralen Mechanismen und Implikationen der Mobilitäts- und Diversitäts*produktion*, also insbesondere die Mobilitätsformate nicht im Blick haben, zumal sie teilweise noch nicht einmal im Kontext der Stadtgesellschaften entstanden sind, sondern vom Nationalstaat, also “von oben” verordnet werden. In jedem Fall sind diese Formate nicht wirklich frei wählbar und auch nicht beliebig gestaltbar. Sie hängen formal wie inhaltlich von medialen und technischen Vorgaben (Zugang zu einschlägigem Wissen und zu entsprechenden Reisemöglichkeiten) genauso wie

von lokalen Gegebenheiten (wo und wie kann ich mich arrangieren) und vor allem auch von verschiedenen politischen Rahmenbedingungen (lokale, nationale und EU-weite Bestimmungen) ab. Es sind vor allem Migrations- und Diversitätsregime der Nationalstaaten und neuerdings auch der EU, die hier massiv steuernd eingreifen und die jeweiligen Mobilitäts- und Diversitätsprozesse (Bukow 2013) in bestimmte Bahnen lenken bzw. zu lenken versuchen und eine "Autonomie der Mobilität" zu unterbinden versuchen. Wenn man sich die aus dieser Gemengelage resultierende Mobilitäts- und Diversitätsdynamik genauer anschaut, kann man vor allem zwei im Prinzip schon klassische, freilich auch sonst generell besonders wichtige sozio-kulturelle Formate erkennen⁹.

a) *Ein aus praktischen Bedürfnissen entstandenes "bürgerliches Mobilitätsformat"*

Dieses ursprünglich innergesellschaftliche Mobilität steuerndes sehr verbreitetes Format ("Umzug") hat sich mit der Entstehung des Bürgertums entwickelt und ist seitdem aus innerstaatlicher Mobilität schon lange nicht mehr wegzudenken. Im Verlauf der Industrialisierung hat es auch jenseits des Bürgertums massiv an Bedeutung gewonnen, wurde dabei aber den jeweiligen Rahmenbedingungen entsprechend auch zunehmend variiert. So wurde die Land-Stadtwanderung (von der ja zunächst nur Arbeitskräfte betroffen waren) schon früh nach diesem Format geordnet (ganze Familien wandern in die Industrieregionen ab), und insbesondere nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelten sich weitere Versionen wie "Ostflüchtling", "Übersiedler" und "Aussiedler". Nach der Wende und der Auflösung der UdSSR kam es zu zusätzlichen Varianten dieses Formats. Diese stets zeitlich wie räumlich wohldefinierten und sozio-kulturell klar eingebetteten Formatvarianten haben im Zeitalter des Schengenabkommens bzw. entsprechender Freizügigkeitsregelungen auch transnational noch einmal erheblich an Bedeutung gewonnen und auf diese Weise sogar andere Formate wie die Saisonarbeit oder die Arbeit ohne Papiere tendenziell verdrängt.

Man kann schnell erkennen, dass den jeweiligen Formaten komplementär kulturelle Diversitätsformate (typisch bürgerlicher Umzug, typisch für Flüchtlinge aus den Ostgebieten usw.) zugeordnet sind, um sie besser definieren, kommunizieren und steuern zu können. Heute, wo die Formate zunehmend variieren und zudem auch länderübergreifend verwendet werden, ist eine Reformulierung entsprechender sozio-kultureller Definitionen aufwendiger. So kommt es zu mehr oder weniger "künstlichen" Definitionen. So wird aus dem klassischen bürgerlichen Format, das die Mobilität des gehobenen bürgerlichen Standes innerhalb eines bestimmten Wirtschaftsraumes ordnete, letztendlich ein Mobilitätsformat innerhalb des Schengen-Raumes, das im Fall des Falles durch den Verweis auf das "christliche Abendland" begrenzt wird. Der im Fall des Falles explizit definierte kulturelle Rahmen ist dabei tatsächlich weit mehr als ein bloßes kommunikatives Accessoire. Schon das bürgerlich Mobilitätsformat enthielt Rechte, Pflichten und soziale Zuordnungen. Die Unterfütterung der Freizügigkeit im Schengen-Raum mit dem Verweis auf das christliche Abendland resultiert aus einem Diversitätsregime, das einst der *überkommenen bürgerlichen Klasse konzedierte Mobilitätsformat* zum "westlichen Kulturraum" hin zu öffnen, und damit – wenn auch auf

⁹ Dazu, wie es gerade zu diesen zwei Formaten kommt und warum sie sich nicht synchron durchsetzen, finden sich viele Hinweise bei Saskia Sassen (Sassen 2008:246f)

“höherem” Niveau *erneut zu limitieren* und z.B. den türkischen oder afrikanischen Einwanderer von diesem Format fern zu halten.

Knapp formuliert, scheinen für dieses Format einige Eigenschaften besonders aussagekräftig:

- Dieses sozio-kulturelle Formate ist aus dem praktischen Bedürfnis, wohlgeordnet umziehen zu können, entstanden, wurde aber vermittels politischer Regelung stets auf ein wohlungrenztes politisches und wohldefiniertes kulturelles Gebiet beschränkt .
- Es setzt ein Mindestmaß an entsprechenden ökonomischen, sozialen und kulturellen Ressourcen voraus, wie sie für das Bürgertum als typisch gelten.
- Auch wenn es heute ausgeweitet wird (etwa im Rahmen der Schengen- und Freizügigkeits-EU oder analoger Regelungen mit anderen westlichen Ländern), bleibt es bei einem wohlungrenzten und definierten Rahmen und einer bürgerlichen Grundierung: dem situierten weißen Mitteleuropäer.
- Entscheidend ist, dass dieses Format zunächst aus praktischen Bedürfnissen heraus entstanden ist, dann aber auch politisch als gesellschaftlich “verträglich” gewürdigt wurde, da es nur auf eine begrenzte Mobilität und Diversität angelegt ist, das Milieu bleibt garantiert. Am Ende, so erwartet man, ist alles wieder so, wie es vorher war: Das Format verspricht nicht nur einen Ausbruch aus dem Alltag, sondern auch ein “Zurück” in den Alltag, wobei alle Routinen und Strukturen erhalten bleiben.
- Und wenn dieses Format heute unter bestimmten Bedingungen sogar global funktioniert, so deshalb, weil auch die entsprechenden sozialen Milieus längst globalisiert sind.

b) *Ein nationalstaatlich reglementiertes “Migrationsformat”*

Ein völlig anderes, aber ebenfalls weit verbreitetes Format stellt bei uns das seit langem mit Einwanderung verbundene *nationale Migrationsformat* dar. Es resultiert nicht aus den praktischen Bedürfnissen einer Bevölkerungsgruppe, sondern ist das Ergebnis eines nationalstaatlich definierten Regulierungsbedarfs für grenzüberschreitende Mobilität und zielt im Prinzip auf Aus- und Einwanderung. War es im Rahmen des Kolonialismus die Auswanderung, ist es im Rahmen der Industrialisierung und jetzt der Globalisierung vor allem die Einwanderung, um die es geht. Stets ist es die Politik, die auf eine sozio-ökonomische Entwicklung reagiert und in die damit verknüpften Mobilitätsprozesse regulierend eingreift. Man kann gut erkennen, wie das *nationale Migrationsformat* entsprechend den politischen Rahmenbedingungen variiert und immer wieder je nach Bedarf Unterformate ausbildet: Von den einst im Kaiserreich bestehenden Formaten *Fremdarbeiter*, *Ostelbischer Saisonarbeiter* und *Ruhrpolen* blieb nach dem Ersten Weltkrieg der *Fremd- oder Saisonarbeiter*. Neu hinzu kam der *Ausländer*. Im Nationalsozialismus wurde dann neben dem *Fremdarbeiter* noch der *Zwangsarbeiter* eingeführt. Nach dem Zweiten Weltkrieg bleibt neben den *displaced persons* (zurückgebliebene Zwangsarbeiter) der *Ausländer* als Format übrig. Hinzu kamen aber schnell wieder neue Formate wie der *Gastarbeiter*, der “*Asylant*” und jetzt der südosteuropäische “*Armutsflüchtling*”. Ein Ende dieser Entwicklung ist nicht abzusehen.

Im Grunde geht es bis zum südosteuropäischen “Armutflüchtling” um Varianten des *top down* definierten *nationalen Migrationsformates* mit räumlich “wohl”-definierten und sozio-kulturell klar eingebetteten Rahmenbedingungen. Dieses Format ist im Prinzip analog, aber negativ reziprok zu dem oben skizzierten *bürgerlichen Mobilitätsformat* gestaltet. Es definiert schrittweise, aber es ermöglicht nicht, sondern schränkt ein und stellt die Mobilität und die damit verbundene Diversität unter einen unterschiedlich ausgeprägten und massiven Vorbehalt, der in dem entsprechenden staatlichen Migrations- und Diversitätsregime definiert und je nach dem Stand der gesellschaftlichen Entwicklung variiert oder auch mal umgebaut wird. Und es betrifft in der Regel weniger die bürgerlichen Milieus als vielmehr die Arbeitermilieus.

Knapp formuliert sind für dieses Format folgende Eigenschaften besonders aussagekräftig:

- Dieses sozio-kulturelle Format spielt sich zwar auch innerhalb eines wohlumgrenzten politischen und wohldefinierten kulturellen Rahmens ab, ist aber *top down* definiert und das Produkt nationalstaatlicher Regelungen, die darauf abzielen, vor allem im Blick auf die unteren Schichten und Milieus soziale und kulturelle Homogenitätsvorstellungen zu bewahren.
- Das Format wird überhaupt nur konzidiert, weil man erwartet, dass Einwanderung in einem besonderen Maß zum entsprechenden ökonomischen, sozialen und kulturellen Reichtum des Landes beiträgt.
- Der Zugewinn an Volksvermögen (“Einwanderung ist eine Bereicherung”) soll kompensieren, dass bei Einwanderung stets der wohlumgrenzte politisch definierte Rahmen und die damit verknüpfte bürgerliche Grundorientierung, der weiße Mitteleuropäer, “aufgeweicht” wird.
- Das bedeutet, dass dieses Format nur so lange als gesellschaftlich “verträglich” betrachtet wird, wie es dem Einwanderer gelingt, ein ökonomisches Plus zu erwirtschaften und die mit importierte Mobilität und Diversität niedrig zu halten und sozio-kulturell “anzukommen”. Am Ende soll alles wieder so sein, wie es vorher war.
- Heute wird eine ganze Integrationsindustrie aufgebaut, damit es wenigstens der zweiten bzw. spätestens der dritten Generation gelingt, Mobilität und Diversität soweit zu sublimieren, dass der Alteingesessene in seiner Routine des Alltags wie gewohnt (ohne dass sein soziales, ökonomisches und kulturelles Kapital tangiert ist) fortfahren kann.

Dieses Format hat einen entscheidenden Konstruktionsfehler, den man bereits an dessen extremer Ausdifferenzierung ablesen kann. Offenbar hat dieses vom Nationalstaat hervorgebrachte und immer wieder variierte Mobilitätsformat anders als das *bürgerliche Mobilitätsformat* dem gesellschaftlichen Wandel niemals wirklich standgehalten, weil Mobilität nicht nur sehr viel älter als der Nationalstaat ist und in den Stadtgesellschaften seit je eine prominente Rolle spielt, sondern auch, weil Mobilität Gegebenheiten geschuldet ist, die sehr wenig mit dem jeweiligen Nationalstaat zu tun haben. Daran hat sich auch nichts geändert, seit die EU die Mobilitätspolitik in die Hand genommen hat.

4.

Wie sich das *bürgerliche Mobilitätsformat* und das *neue Migrationsformat* in der Stadtgesellschaft auswirken

Da Stadtgesellschaften schon immer mit Mobilität und Diversität konfrontiert sind, ist zu erwarten, dass die zwei im Prinzip schon klassischen und bis heute besonders wichtigen sozio-kulturellen Formate und ihre Auswirkungen, mögen sie auch deutlich unterschiedlich ausgeprägt sein, im globalisierten Alltag der Stadtgesellschaft keine ungewöhnlichen Spuren hinterlassen. Beide Formate "transportieren" und implementieren letztlich nur "wie üblich" neue Mobilitäts- und Diversitätsimpulse. Und genau dafür halten die Stadtgesellschaften schon seit langem eine Fülle von Strategien bereit, um den damit ggf. verbundenen Herausforderungen nicht nur gerecht zu werden, sondern sie auch zu veralltäglichen und ggf. für ihre Entwicklung zu nutzen.

Die oben skizzierte *Grammatik urbanen Zusammenlebens* stellt hier die wohl wichtigste Strategie dar – eine Strategie, die es ermöglicht, sich je nach den internen wie externen Rahmenbedingungen einer entsprechenden Situation passend (d.h. in einem der vier Räume - vgl. die Kreise in der Grafik oben) aufzustellen und damit auf das Format und seine Implikationen angemessen zu reagieren. In der Regel arrangiert man sich mit Hilfe dieser sozialen Grammatik zunächst informell, stellt sich in der Alltagsroutine neu ein, übernimmt mancherlei Mobilitäts- und Diversitätseffekte, veralltäglicht sie und fügt sie in die individuelle *cognitive map* ein. Wichtig ist freilich, dass auch die Stadtgesellschaften am Ende kommunalpolitisch vor allem dort gezielt reagieren, wo der Wandlungsdruck besonders deutlich empfunden wird. Mal werden die sozialen, ökonomischen oder religiösen Institutionen besonders aufgefordert, sich auf neue Bevölkerungsgruppen besser einzustellen (z.B. durch die *Öffnung der Institutionen*). Mal wird die politische Orientierung mobilisiert und zu einer gewissen Umstellung motiviert (*mehr Partizipation*), mal geht es um eine verbesserte Anerkennung der Milieus (*interkultureller Dialog*).

Am Ende lassen solche Bemühungen, ob sie bloß informell laufen oder ob sie explizit gezielt politisch angestoßen werden, im Verlauf der Zeit fast immer Veränderungen in der urbanen Alltagswelt erkennen. In der Regel schlagen sich diese Veränderungen jedoch nicht gleich in der Stadt insgesamt, sondern nur in bestimmten Quartiertypen nieder. In Handelsmetropolen sind es die Quartiere um die Märkte und Häfen, heute oft die um die Bahnhöfe herum bzw. überhaupt zentrumsnahe, heterogene Quartiere, die zumeist im ausgehenden 19. Jahrhundert entstanden sind und heute von höherer Fluktuation geprägt sind. Es gibt dazu eine ganze Fülle von Studien, auch Studien, die wir selbst im Rahmen der Forschungsstelle für interkulturelle Studien (FiSt) über Köln-Ehrenfeld (Bukow u.a. 2001:427ff) durchgeführt haben. Spätestens ein Blick in diese Studien macht klar, dass einerseits Mobilität und Diversität für Stadtgesellschaften ein "Lebenselixier" darstellen, andererseits aber auch, dass seit der Industrialisierung bei der Platzierung solcher Formate zunehmend die soziale Schicht bzw. das Milieu eine entscheidende Rolle spielen.

Wie das *bürgerliche Mobilitätsformat* ankommt und wie es von der Stadtgesellschaft verarbeitet wird und wie die dadurch ausgelösten Veränderungen schließlich veralltäglicht werden, das ist jedem vertraut, der sich auch nur ausschnittsweise mit dem Wandel der Architektur, der Moden, dem Wandel der Esskultur, der musikalischen Stile oder dem Wandel der Wissenschaft befasst hat. Wenn heute dieser Wandlungsprozess zunehmend von den Medien übernommen wird, so bedeutet das, dass sie dem *bürgerlichen Mobilitätsformat* hinsichtlich der Diversität zunehmend den Rang ablaufen.

Das *nationale Migrationsformat* nötigt die betroffenen Einwanderer dazu, sich außerhalb der wohldefinierten bürgerlichen Wohlstandsgesellschaft zu arrangieren. Aus der Tatsache, dass der vom *nationalen Migrationsformat* betroffene Einwanderer von “außerhalb” kommt, also in der Regel kommt, um seine Situation zu verbessern, kann man folgern, dass er sich zunächst zwangsläufig “unten” einordnen muss. Schon eine frühere Variante dieses Formats, der *Gastarbeiter*, war so angelegt. Die aktuelle Einwanderung aus Südosteuropa ist ein weiteres Beispiel dafür. Und dies ist weltweit für solche Einwanderer im Prinzip erst einmal überall typisch. Bei den Quartieren, die hier in Frage kommen, handelt sich in der Regel um vergleichsweise vernachlässigte Kieze, in Deutschland heute meistens um durch die Entindustrialisierung verarmte Stadtquartiere, die von der alteingesessenen Bevölkerung schnell verlassen wurden, so dass Einwanderer relativ günstig nachrücken können. Je nach den Bedingungen wandelt sich manches derartige Quartier schrittweise in einen *ethnic-theme-park*, wofür z.B. in Köln die Keupstraße, in Wien die Lerchenfelder Straße (Babina 2012) oder in Toronto *Greek Town* steht (Bukow 2010:101ff). Andere Quartiere behalten ihren Charakter als Ankunfts- und Durchgangsstationen, so dass die Milieustruktur zu einem dauerhaften Merkmal wird, auch wenn sich die Herkunft der Menschen ändert, weshalb Doug Saunders dafür den Begriff *arrival city* geprägt hat (Saunders 2011). Häufig passiert das urbane Arrangement erst informell. Langfristig entscheidend ist, wie die Stadtgesellschaft auf die Entwicklung offiziell reagiert, ob sie ihre ganzen Kompetenzen einsetzt, sich auf die “Globalisierungsboten” und deren “Botschaften” einzustellen oder nicht.

Bei der urbanen Platzierung der Mobilitäts- und Diversitätsformate spielt es auf den ersten Blick also kaum eine Rolle, dass unterschiedliche Formate in unterschiedliche Schichten und Milieus führen und ob ein Format eher aus pragmatischen Gründen entstanden ist oder vom Nationalstaat erlassen wurde. In beiden Fällen kommt es dazu, dass man sich in der Stadtgesellschaft entsprechend arrangiert und mit der Platzierung verbundene Mobilitäts- und Diversitätseffekte den Alltag immer wieder neu modellieren. Beide tragen auf ihre Weise zum gesellschaftlichen Wandel und damit zu einer beständigen Neuabstimmung der Stadtgesellschaft auf den globalen Wandel bei. Nicht zuletzt deshalb werden die hier involvierten Quartiere zunehmend als gesellschaftliche Laboratorien betrachtet und die Einwanderer werden insoweit oft als Modernisierungspioniere geschätzt.

Erst wenn man genauer hin schaut, erkennt man, dass es bei der Platzierung der beiden Formate erhebliche Unterschiede gibt. Wer dem *bürgerlichen Mobilitätsformat* folgen kann, der zieht um und platziert sich im neuen Quartier tendenziell auf gleicher Augenhöhe und kann im Notfall ausweichen. Wer als *zirkulärer Migrant* einen Ort sucht, um seine Situation zu verbessern, der landet ganz unten, kann also nicht ausweichen und kann auch seine ohnehin reduzierten Rechte in der Regel nicht einklagen, zumal er für solche komplizierte Aktionen spezielle Informationen haben müsste, die ihm in seinem Milieu kaum zugänglich

sein dürften. Er muss stets fürchten zu scheitern. Die Chancen sind wegen der jeweils unterschiedlich ausgestatteten Bezugsmilieus extrem ungleich verteilt. Es kommt aber noch etwas hinzu, was zumeist, obwohl es fundamental ist, übersehen wird: Wer dem nationalen Migrationsformat folgt, ist auf "günstige" Milieus angewiesen. Und das sind häufig Quartiere, die nur deshalb so "günstig" erscheinen, weil sie vernachlässigt sind und von einer schon länger prekarisierten Bevölkerung genutzt werden. Und in Quartieren, in denen die Ressourcen ohnehin knapp sind, kommt schnell Konkurrenzneid auf, wenn jemand neues kommt. So kommt es in diesen Quartieren fast zwangsläufig zu Verteilungskämpfen.

Wir haben es hier mit einem Arrangement mittels *arrival city* zu tun. Solche Quartiere sind keineswegs automatisch problematisch. Sie sind unproblematisch, solange sie für alle Seiten Chancen für eine erfolgreiche Einwanderung und damit für die Freisetzung von Modernisierungsimpulsen bieten. Wir wissen das aus den Ländern, die eine aktive Einwanderungspolitik betreiben und der Mobilität und Diversität offen gegenüberstehen. Aber die *arrival cities* werden problematisch, wenn sie bereits strukturell benachteiligt, prekarisiert und stigmatisiert sind und Neuankömmlinge dann auch noch unterschichtet werden. Und genau das ist in den untersuchten Quartieren in Duisburg-Hochfeld und in der Dortmunder Nordstadt der Fall. Hier werden die bereits im Quartier lebenden Bevölkerungsgruppen noch nicht einmal selbst als *Ausländer der x-ten Generation* in der sie umgebenden Gesellschaft auf gleicher Augenhöhe akzeptiert. Es ist klar, dass sie dann die Neuankömmlinge zwangsläufig als Konkurrenz und damit als jemanden, der ihre Probleme nur noch verstärkt, fürchten müssen. Und genau da befinden wir uns an dem Punkt, der für die aktuelle Einwanderung aus Süd-Osteuropa mitunter brisant wird. Es geht dann nicht um die "Einwanderung von Ghettos"¹⁰, sondern um eine zeitlich begrenzte Einwanderung in prekäre Kieze.

5.

Zur aktuellen Einwanderung aus Südosteuropa: Wie aus dem Südosteuropäer ein "Anderer" und ein "Gefährder" wird

Es ist noch einmal wichtig zu betonen, dass die Einwanderung aus Südosteuropa zum einen alt ist und allenfalls durch die Ausweitung der EU verstärkt wurde und sich zum anderen auch nicht einmal in der sozio-kulturellen Zusammensetzung der Bevölkerung von den Ländern unterscheidet, in die man einwandert. Die Einwanderung umfasst alle Milieus und alle Schichten, was man schon daran erkennen kann, dass ein gewisser Anteil der Einwanderer aus

¹⁰ So wurde das in der Diskussion mit Behördenvertretern formuliert.

Akademikern besteht und der ganz überwiegende Teil von ihnen – wie erwähnt – in Deutschland genauso wie in anderen europäischen Staaten einer sozialversicherungspflichtigen und damit eigentlich wohlgeordneten Tätigkeit nachgeht. In den Blick der Öffentlichkeit werden aber nur diejenigen Einwanderer gerückt, die aus unteren sozialen Milieus kommend in die unteren sozialen Milieus einwandern, weil sie entweder der Industrialisierung der Landwirtschaft zum Opfer gefallene verarmte Landarbeiter sind und/oder weil sie als türkisch sprechende ethnische Minderheiten, nämlich als Roma, unter einem massiven Vertreibungsdruck stehen. Das bedeutet, die einen gehen im *bürgerlichen Quartier* auf und werden unsichtbar und die anderen landen in der *arrival city* und geraten dort fast automatisch unter verschärfte Beobachtung:

1. Zum einen führen die gegenwärtigen EU-Regeln dazu, dass die einen sich im Rahmen des *bürgerlichen Mobilitätsformats* relativ unproblematisch bewegen können und alsbald unsichtbar werden, während die anderen ohne bürgerliche Ausstattung, ohne ausreichendes soziales und ökonomisches Kapital auf das *nationale Migrationsformat* angewiesen sind, das sie zur Kettenmigration zwingt und eine zirkuläre Migration nahe legt, Scheinselbstständigkeiten fördert und auf untere soziale Milieus fixiert. All dies ist bereits von der *Generation Gastarbeiter*, genauer von den zuletzt eingewanderten ibs. türkischen *Gastarbeitern* vertraut, die kaum angekommen arbeitslos wurden und damals faktisch genau diese Situation erlebten und dementsprechend seit langem unter besonderer Beobachtung stehen. Und das wiederholt sich jetzt.
2. Neu ist freilich, dass diese nach dem *nationalen Migrationsformat* kommenden Menschen hier, wie wir aus der Feldforschung in Duisburg-Hochfeld und der Dortmunder Nordstadt wissen, auf Kieze stoßen, in denen sich bereits prekarierte Bevölkerungsgruppen, hier größtenteils die Kinder und Enkel jener einst dauerhaft untergeschichteten türkischen Einwanderer, befinden. Dieser spezielle Teil der Einwanderer aus Südosteuropa *wandert in die Räume der Ausgrenzung* ein und gerät schnell in eine dreifache Dynamik: Dank der politischen Rahmenbedingungen kommen sie als Ausgegrenzte in ein bereits ausgegrenztes Quartier und werden hier von den Quartierbewohnern aus Furcht vor Konkurrenz ihrerseits ausgegrenzt. Man kann vereinfacht von einer *primären*, einer *sekundären* und einer *tertiären Ausgrenzung* sprechen.
 - Die primäre Ausgrenzung bedeutet hier, dass sie formatkonform darauf angewiesen sind, sich in vernachlässigten Quartieren nieder zu lassen.
 - Die sekundäre Ausgrenzung bedeutet hier, dass sie wie andere Ausgegrenzte auch von alteingesessenen Reiseunternehmern, Maklern, Vermietern und lokalen Arbeitgebern und Freiern ausgebeutet werden und dies letztlich hinnehmen müssen, weil sie erpressbar sind.
 - Tertiäre Ausgrenzung bedeutet, dass sie von den ausgegrenzten Bevölkerungsgruppen einerseits durch illegale Beschäftigung und zweifelhafte Hilfsangebote noch einmal zusätzlich ausgebeutet werden, andererseits aber auch als zusätzliche Konkurrenz betrachtet werden, die das mühsam errungene Auskommen gefährden.

Und genau dieses Bild wird bestätigt, wenn man mit den betreffenden Menschen vor Ort spricht:

"Sie schmeißen uns hier weg wie Müll. Die Türken für die du arbeitest, geben dir nicht dein Geld - hier kriegst du mal 50,- Euro, da kriegst du mal 100,- Euro. Dann sagen die, nach drei Tagen kriegst du den Rest und ich kriege nichts, seit Monaten. Dann sagen die, melde ein Gewerbe an, dann kannst du für uns arbeiten. Sie verarschen uns von vorne bis hinten. Ich weiß nicht, was für Probleme wir am Ende noch mit diesem Gewerbe bekommen werden. Mit den Steuern, mit dem Geld. Wir können kein Deutsch und verstehen das nicht mit dem Gewerbe. Wir wollen eine normale Arbeitserlaubnis und eine richtige Arbeit. Nicht immer hier stehen und warten. Dann jagt uns noch die Polizei immer weg. Du siehst es ja selber, wie oft die hier vorbeikommen und uns kontrollieren." (A 6: 2: 54-65)

Aber fast immer wird noch ein weiterer Aspekt angeführt, nämlich die Rolle der Behörden. Offenbar begleiten die Behörden und vor allem die Polizei diese Ausgrenzungslogik ohne sie auch nur ansatzweise zu verstehen. Vielmehr sorgen sie auch noch für den reibungslosen Ablauf dieser sozialen Logik.

Alles zusammen genommen bedeutet das, dass diese Menschen nicht nur gemeinsam mit den bereits sesshaften Anderen zu *Anderen*, sondern zusätzlich auch noch anders als die anderen *Anderen* schnell zu *Gefährdern* stilisiert werden. Dass sie damit zugleich auch noch zum Objekt staatlicher Kontrolle werden, liegt angesichts der Zuständigkeiten der Behörden auf der Hand. Es liegt an der institutionell definierten Blickrichtung, in der die Kommunen diese Quartiere betrachten, nämlich als Quartiere voller Fremdheit – als Quartiere, die eine besondere Aufmerksamkeit verdienen. Und für diese Blickrichtung sind, da es sich um *Ausländer* oder *Menschen mit Migrationsgeschichte* handelt, anders als in klassischen Einwanderungsländern nicht die Bürgergesellschaft mit ihren vielfältigen politischen, rechtlichen, sozialen, kulturellen und anderen Einrichtungen zuständig, sondern der staatliche Kontrollapparat (Polizei, Ordnungs- und Gesundheitsamt). Damit ist für die Kommunen klar, was Sache ist und wie gehandelt werden muss. Und deshalb "begleiten" sie die Ausgrenzungslogik distanz- und kritiklos bis zum Ende. Insoweit handelt es sich um eine klassische *strukturelle Diskriminierung* (Bukow 2013b) von Menschen, die eigentlich nur wollen, dass es ihre Kinder einst besser haben.

Dennoch fragt man sich, warum diese "soziale Logik" der dreifachen Ausgrenzung nicht durchschaut wird. Was schon deutlich ist: Sie fügt sich in die Logik des gewohnten Umgangs mit dem *Ausländer* ein. Im vorliegenden Fall kommt aber noch hinzu, dass die so erzeugte soziale Wirklichkeit gut zu den überkommenen und wohlvertrauten nationalen Erzählungen und den hier aufbewahrten Rassismen über die Roma passt, deren Aktualität erst jüngst wieder Klaus-Michael Bogdal (Bogdal 2013) belegen konnte. Es liegt also im Trend, wenn in der lokalen Öffentlichkeit und in der kommunalen Verwaltung kein Widerspruch auftaucht, vielmehr diese "Logik" auch noch unterstützt und eins zu eins in den Medien und in der lokalen Öffentlichkeit aufgegriffen und weiter getragen wird. Freilich, Öffentlichkeit und Verwaltung liegen nur im Trend, wenn sie die Stadtgesellschaft als einen Nationalstaat in nuce betrachten. Würden sie sich an der Stadtgesellschaft und ihren Möglichkeiten orientieren, wäre eine andere Sichtweise zu erwarten.

Es gibt offenbar durchaus erkennbare Gründe, warum die strukturelle Diskriminierung hier greift und weitgehend kommentarlos hingenommen, ja auch noch verstärkt wird. Eine sozialadäquate Analyse, die nicht den Nationalstaat sondern die Stadtgesellschaft zum Referenzrahmen wählt, wird zunächst klar stellen, dass es sich bei den fraglichen Quartieren um *arrival cities* handelt, die unter der nationalstaatlich gewollten Ungleichstellung der dort seit langem lebenden *Ausländer* leiden und dass die Menschen, die nun aus Bulgarien und

Rumänien hier eintreffen, als ebenfalls ungleich Gestellte nicht besonders willkommen sind, weil sie das knappe ökonomische und soziale Kapital des Quartiers noch zusätzlich beanspruchen. Damit würde ins Blickfeld gerückt, dass schon die Ausgangssituation vor der jüngsten Einwanderung problematisch war. Und damit rückt gleichzeitig die offenbar wenig erfolgreiche *nationale* Einwanderungspolitik der letzten 50 Jahre kritisch ins Blickfeld. Natürlich ist es viel einfacher, die Opfer einer verfehlten Politik zu Tätern zu machen und die jüngsten Opfer dieser Politik dann gleich auch noch wie gehabt¹¹ zu *Gefährdern*. Dann kann man, statt sich um Inklusion zu bemühen, weiter wie gewohnt ordnungspolitisch aktiv werden. Nur dient das weder der Stadtgesellschaft noch lässt es sich rechtsstaatlich halten.

Es ist klar, dass dieser Opfer-Täter-Tausch brisant bleibt. Und da kommt es nur zu gelegen, wenn man diese Plausibilitätslücke durch eine Skandalisierung der Menschen untermalt: typisch *Armutsflüchtling*, typisch *Roma*. Deren berufliche, soziale, sprachliche, kulturelle und religiöse Kompetenzen werden nicht nur ignoriert, sondern in der Manier klassischer Ethnisierung auch noch in ihr Gegenteil verkehrt. Und so heißt es dann in den Verlautbarungen des Deutschen Städtetages wohl unter maßgeblicher Formulierungshilfe aus Dortmund:

“Die Zuwanderung von bulgarischen und rumänischen Staatsangehörigen ohne Sprachkenntnisse, soziale Absicherung und berufliche Perspektive, die vielfach in verwaahloste Immobilien ziehen oder sich als Obdachlose in den Städten aufhalten, hat erhebliche Auswirkungen auf das kommunale Bildungs-, Sozial- und Gesundheitssystem, den Arbeits- und den Wohnungsmarkt, aber auch das Gemeinwesen insgesamt.”¹²

Die notierten Phänomene sind insoweit richtig beschrieben, wie es um die Wohnsituation (“verwaahloste Immobilien”) im Quartier geht und wenn man die durch die Gleichstellung von “Verwaahloste Immobilien” und “Obdachlose”, mit der die “Verwaahlung” wie die “Obdachlosigkeit” zu einem gleichermaßen *subjektiv* verschuldeten Phänomen wird, ignoriert. Die Beschreibung geht jedoch gänzlich in die falsche Richtung, wo es um die Einschätzung der Menschen geht, weil ignoriert wird, dass es sich um Arbeitsmigration handelt: Es wird erstens nicht berücksichtigt, dass ein *Migrant* normaler Weise im Zielland zunächst nie sozial abgesichert sein kann. Und es wird zweitens nicht berücksichtigt, dass ein *Arbeiter* anders als derjenige, der nach dem *bürgerlichen Mobilitätsformat* in die Mittelklasse einwandert, natürlich per definitionem nicht über ein bürgerliches Bildungskapital verfügt.

Die notierten Phänomene sind zudem polemisch verkürzt, wo Menschen, die in der Regel zweisprachig, häufig auch drei- oder viersprachig sind, attestiert wird, sie seien ohne Sprachkenntnisse. Und das gilt auch, wenn konstatiert wird, dass diese Einwanderung auf die kommunalen Systeme negative Auswirkungen hat. Dies ist eine bemerkenswerte statistische Fehlleistung. Es wird ja von der Zuwanderung aus Südosteuropa gesprochen. Dies ist die statistische Basisgröße. Und zu diesen Menschen gehören Ärzte, Krankenschwestern, Facharbeiter, Studierende und eben auch zirkuläre Migranten. Unter dem Strich kommen wie erwähnt die Kommunen bei dieser Zusammensetzung der Einwanderung also gut weg. Wenn hier beklagt wird, dass sich die kommunalen Systeme umstellen müssen, so verweist das nur darauf, dass die hier klagenden Kommunen mehr als einäugig verfahren und Probleme suchen, um sie skandalisieren zu können und

¹¹ Diese Argumentationsweise wurde bereits in den 80ern des letzten Jahrhunderts gegenüber den *Asylanten* verwendet, um sie einfacher abweisen zu können.

¹² Deutscher Städtetag 22.01.2013, Teil II Handlungsnotwendigkeiten (S.4)

um damit irgendwie noch zusätzlich Geld eintreiben zu können. Natürlich müssen sich die kommunalen Systeme generell auf den globalen Wandel immer wieder neu einstellen. Nur haben diese Kommunen das offenbar anders als andere Stadtgesellschaften bis heute noch nicht realisiert, weil sie sich immer noch nicht als die hier relevante gesellschaftlich Figuration verstehen. Wir leben einerseits in einer globalisierten Welt und die damit verknüpfte zunehmende Mobilität und Diversität stellen eine unumkehrbare soziale Tatsache dar. Und wir leben andererseits in einer ganz konkreten und wohlumgrenzten Stadtgesellschaft und nicht als fiktiver Teil irgendeiner "Staatsgesellschaft". Darüber hinaus verrät diese kommunale Selbsteinschätzung aber auch viel über die Bereitschaft, sich der globalen gesellschaftlichen Entwicklung aktiv und politisch bewusst zu stellen. Das will man offenbar nur insoweit, wie sich das Punkt für Punkt ökonomisch reimt und – um im Bild zu bleiben – also nur Ärzte und Ingenieure kommen, an denen man noch zusätzlich die Ausbildung einsparen kann. Tatsächlich entgehen den Kommunen hier keine Steuern – im Gegenteil. Und würden sie gegen die illegale Beschäftigung und den Mietwucher sowie die sexuelle Ausbeutung vorgehen, könnten sie ihre Einnahmen sogar noch auf faire Weise erhöhen. Und dabei würde auch genug abfallen, um die weniger chancenreichen Menschen zu unterstützen, bis sie Fuß gefasst haben.

Die Botschaft dieser Mitteilung erscheint im Licht der bisherigen Debatte eindeutig: Man will nach wie vor keine Einwanderung, zumal keine Einwanderung von Menschen aus unteren sozialen Schichten, weil sie eben nur Arbeitsmigranten sind, – Arbeitsmigranten, die für die Stadtgesellschaft aufgrund ihrer "natürlichen" Defizite eine Bedrohung darstellen. Hinter dieser ethnisierenden Argumentation (Bukow, Llaryora 1998) verbirgt sich so etwas wie eine sozialrassistische Logik. Und das ist in diesem Fall identisch mit einer antiziganistischen Logik. Jeder weiß ja, dass es sich hier zu einem großen Teil um Roma handelt.

Dass diese Sicht der Dinge problematisch ist, ist eigentlich längst bekannt – auch der Politik bekannt. Denn seit die Europäische Kommission am 5. April 2011 den Mitgliedstaaten der EU einen differenzierten Rahmen für die Verbesserung der Situation der Roma vorgegeben hat und der Europäische Rat diesen Rahmen im Juni 2011 bestätigt hat, hat die Bundesrepublik ein Problem. Im Bericht der Bundesrepublik an die Europäischen Kommission vom 23. Dezember 2011 wird zwar treuherzig versichert, dass die in Deutschland lebenden deutschen Sinti und Roma gut in die Gesellschaft integriert seien (S. 15). Warum nur diejenigen erfolgreich sind, die sich unsichtbar machen und von den anderen so viele auf der Strecke bleiben, das wird nicht erklärt. Deshalb wird den Aussagen der Bundesrepublik im „Ergänzungsbericht von Vertreter/innen der Roma-Zivilgesellschaft und anderer Interessenträger und Expert/innen“ vehement widersprochen. Konsequenter Weise hat die Kommission die Bundesrepublik am 23. Mai 2012 aufgefordert, in den wichtigsten vier Kernbereichen Maßnahmen der Gleichbehandlung zu untersuchen und gegebenenfalls zu korrigieren. Eine Antwort steht noch aus.

7.

Warum es fundamental wichtig ist, sich an die Kompetenzen der Stadtgesellschaft im Umgang mit Mobilität und Vielfalt zu erinnern

Solange sich die Stadtgesellschaften nur als Nationalstaaten im Kleinen begreifen, also sich statt an den Interessen (*needs*¹³) der Stadtbevölkerung – ob gerade erst angekommen oder schon länger vor

¹³ In der englischsprachigen Debatte über Einwanderung versteht man darunter (1.) Education: early childhood education and care, schooling for children and youth, language training for mature learners, occupational-specific language training, (2.) Employment: finding a job commensurate with

Ort – an nationalstaatlichen Vorgaben orientieren, Einwanderung als nationale Ordnungsaufgabe verstehen und nur darauf abheben, Mobilität und Vielfalt so lange “aufzuräumen”, bis man dem durch nationale Erzählungen tradierten Weltbild Genüge leisten kann, so lange werden immer nur weitere Probleme produziert. So entsteht ein Teufelskreis aus nationalstaatlich tradierten Normalvorstellungen, falschen Diagnosen und unsachgemäßen Maßnahmen¹⁴. Und genau das verfestigt sich in den Strukturen der Behörden, so dass man (s.o.) von *struktureller Diskriminierung* sprechen kann (Bukow 2013b). Um die dadurch erzeugten Spannungen zu erklären, müssen zum Schluss kultur- und sozialassistische und antiziganistische Argumente her halten, die wiederum das Potential haben, das urbane Zusammenleben noch weiter zu vergiften. Was hier aus nationalstaatlicher Sicht eher wie eine Art *Kollateralschaden* hingenommen zu werden scheint, ist aus der Sicht einer *selbstbewussten* Stadtgesellschaft destruktiv. Im Grunde geht es um einen Perspektivenwechsel, bei dem nicht mehr nationale, sondern urbane Interessen im Mittelpunkt stehen.

Man kann die Bedeutung des Perspektivenwechsels gut an den im Rahmen des Duisburger KOMM-IN-Projekts vorgetragenen Statements demonstrieren.

Die hier angesprochenen Muster stammen zwar aus Einschätzungen und Statements im Vorfeld der aktuellen Dortmunder und Duisburger Debatte und sind in den Antrags- und Begleitunterlagen des KOMM-IN-Projektes dokumentiert¹⁵. Sie sind also schon vor dem Start der Wissenschaftlichen Begleitung fixiert gewesen, sind aber später weitgehend beibehalten worden und insofern immer noch typisch. Zudem werden besonders solche Muster ausgesucht, wo die Stadtgesellschaft mit dem Nationalstaat gleich gestellt wird. Und schließlich: mit kritischer Prüfung ist gemeint, diese Muster vor dem Hintergrund der Wirklichkeit globalisierter Stadtgesellschaften zu beleuchten

Im folgenden Text werden jeweils ausgewählte Statements aus dem KOMM-IN-Projekt der Städte Duisburg/Dortmund zitiert, aus kritischer Perspektive mit „oder“ einleitend reformuliert und anschließend unter Bezug auf die vorausgegangenen Überlegungen knapp kommentiert.

a) „Einen Fuß in die Community bekommen“ oder: die Community dabei unterstützen, im Viertel Fuß zu fassen.

Für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kommune und für Verbände sind die Einwanderer auf den ersten Blick fremd und lösen deshalb Irritationen aus: Die dem

one's skills, meeting licensing requirements for professions and trades, knowledge of workplace culture, equity and promotion in the work place (3.) Housing: acceptable and affordable housing, including social housing and cooperative housing, and options for different types of dwellings and locations (4.) Health: access to health information and services, health promotion and disease prevention, mental health, community supports, long-term care.

¹⁴ Diese eigentümlich abgehobene Sichtweise kann man als *hermeneutischen Nationalismus* bezeichnen. Beschreibungen, Diagnosen und Handlungsvorschläge zielen auf die Beseitigung der Differenz zwischen Quartieralltag und nationalstaatlichem Selbstverständnis. Für den Sozialwissenschaftler hingegen ergeben sich spezielle Handlungserfordernisse aus der Differenz zwischen heute typischen und vor Ort vorfindlichen Problemlagen. Dies nachzuvollziehen ist für die lokalen Experten schwer, weil sie so gut wie keine Vorstellungen von heute typischen Migrationsprozessen haben.

¹⁵ Vgl. auch den “Sachstandsbericht zur Umsetzung des Duisburger Handlungskonzeptes zur Zuwanderung von Menschen aus Südosteuropa”

Migrationsmuster folgenden Einwanderer leben unter extrem prekären Bedingungen, sprechen eine fremde Sprache und sind vermutlich auch Moslems. Das Problem ist allerdings, dass es den Kommunen wie den Verbänden hier primär um Intervention im Sinn sozialer Kontrolle geht („einen Fuß in die Community bekommen“). Der Umgang mit Einwanderung in einer inclusive City sieht anders aus. Aus einer Inklusionsperspektive wäre es wichtig, die Einwanderer in ihrer Privatheit ausdrücklich zu respektieren, sie sprachlich, rechtlich, sozial, politisch und ggf. auch religiös zu unterstützen, damit sie in der Stadtgesellschaft möglichst schnell Fuß fassen und sich arrangieren können.

- b) „Den Einwanderern praktische Fähigkeiten ...vermitteln“ oder: deren Wunsch nach Anerkennung als Bürgerinnen und Bürger entgegen kommen

Die hier skandalisierte Gruppe der Einwanderer aus Südosteuropa mag zwar mangels z.B. akademischer Qualifikation nicht die politisch geforderten Qualifikationen mitbringen, aber gleichwohl stammen auch diese Menschen aus Familien, die über Jahrhunderte im Handwerk oder in der Landwirtschaft tätig waren. Ihnen fehlen oft weniger praktische oder instrumentelle Fertigkeiten, als vielmehr strategisches Wissen, um sich in einer neuen Umgebung zielorientiert verhalten zu können, also ihre beruflichen, rechtlichen, sozialen, häuslichen, kulturellen und religiösen Wünsche erfolgreich anmelden zu können.

- c) „Verelendung als ein fundamentales Handicap betrachten“ oder: die Armut als ein eher triviales Motiv für Migration verstehen.

Für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kommune und für Verbände sind die dem Migrationsmuster folgenden Einwanderer physisch wie psychisch verelendet, d.h. verwarlost. Armut in die Nähe einer mentalen Disposition zu rücken, ist eine extrem problematische Sichtweise, die seit Jahrhunderten vor allem gegenüber Roma üblich ist. Die „Zigeunerforschung“ des 19. Jahrhunderts hat diese Sichtweise bis zum Exzess betrieben. Allein schon die Tatsache, dass viele der bei uns skandalisierten Einwanderer im Herkunftsland, erst arbeitslos und dann vertrieben wurden, belegt, dass Verelendung als eine Folge von Prekarisierung zu betrachten ist. Zudem geht man davon aus, dass Armut bis heute eines der großen Probleme darstellt und dass sie mehr denn je das ausschlaggebende Motiv für Migration ist. Und wenn man berücksichtigt, dass mit der Globalisierung der Sozialstrukturen Verelendung von den fortgeschrittenen Industriegesellschaften lange exportiert wurde, dürfte die weltweiten Migrationsbewegungen sogar weitgehend „hausgemacht“ sein.

- d) „Anonymität der Einwanderer aufbrechen“ oder: den Wunsch nach Selbstbestimmung respektieren und als Tugend in einer individualisierten Gesellschaft akzeptieren

Soziologen wie z.B. Georg Simmel haben immer wieder die modernen Stadtgesellschaften als einen Gewinn gegenüber der traditionellen Gesellschaft und insbesondere dem ländlichen Leben bezeichnet. Vor allem ging es ihnen hier um die Buntheit, die Anonymität und die Individualität des urbanen Alltagslebens. Gerade Minderheiten wissen seit je, welche große Bedeutung diesen drei Merkmalen zukommt. Für Stadtgesellschaften, die auf die Inklusion der „Vielen als Viele“ setzen, ist es

fundamental wichtig, den Menschen innerhalb der Lebenswelt ein Recht auf Differenz und Anonymität zuzugestehen.

- e) „Einwanderung in strukturschwache Quartiere“, „Zunahme an Prostitution“, „typische Drogenkriminalität und Schwarzarbeit“... dies alles „gefährde die erreichten Strukturverbesserungen“ oder: bei der Einwanderung in arrival cities darauf achten, dass die sukzessive eingewanderten Bevölkerungsgruppen sich Schritt für Schritt erfolgreich arrangieren können

Einwanderung spielt sich auch in Deutschland häufig in „Zwischenräumen“ ab. Je offener diese Zwischenräume sind und je aktiver die Menschen unterstützt werden, desto positiver verläuft sie und desto höher sind die Chancen für die Zugezogenen, sich erfolgreich zu arrangieren. Als zu Beginn der 1970er Jahre viele „Gastarbeiter“ arbeitslos werden, haben sich besonders die alten Stadtviertel mit ihrem zwar lange vernachlässigten, aber dennoch hohen Erneuerungspotential trotz Diskriminierung und Ausgrenzung der eingewanderten Bevölkerung oft als ein Glücksfall erwiesen. Wo allerdings die Rahmenbedingungen nicht stimmen, müssen manchen heute noch in der dritten Generation kämpfen (Bukow 2013b). Genau dies trifft dort zu, wo sich die skandalisierten Gruppen, z.B. in Duisburg und Dortmund, aufhalten. Hier treffen prekarierte ‚Alteinwanderer‘ auf prekarierte Neueinwanderer, so dass es zu Verteilungskämpfen kommt. Aus der Sicht einer inklusiven Stadtgesellschaft müsste nachhaltig in eine gezielte Gleichstellungs- und Anerkennungspolitik investiert werden.

Das Problem ist deutlich. Solange man trotz allem Einwanderung generell für fraglich hält, eine Einwanderung von Roma darüber hinaus für problematisch und deren Niederlassung in „sozialen Brennpunkten“ für eine Katastrophe, weil sie „Prostitution, Kriminalität und Schwarzarbeit“ verstärken, solange bleiben nur Ordnungsmaßnahmen als Instrumente (Bukow 2008:157ff). Flankierende Bemühungen um Bildung und Wohnraum werden *unter diesem Vorzeichen* kaum etwas nützen, weil jemand, der sich diskriminiert und gedemütigt fühlt, kaum bereit sein dürfte, solche Bemühungen als Chancen zu betrachten. Und wenn man dann auch noch vorrechnet, was z.B. eine Bildungsmaßnahme pro Kopf des Einwanderers kostet, obwohl es eigentlich zu den selbstverständlichen Aufgaben einer Gesellschaft gehört, für die Bildung *aller* ihrer Mitglieder zu sorgen, dann unterstellt man, dass Bildung für diese Gruppe eine Gnade ist, der man sich dann aber auch würdig erweisen muss. Vollends demütigend ist es, wenn man die besonderen Ressourcen dieser Gruppe, nämlich deren sprachlichen, religiösen oder kulturellen Reichtum ignoriert, ja diskreditiert.

8. Zurück auf Los: Eine Stadt für alle

Für eine Stadtgesellschaft ist die Anerkennung, Förderung und Einbeziehung aller zuhandenen Ressourcen entscheidend. Dazu bleibt der Weg verbaut, solange man sich weiter in jener oben beschriebenen Teufelsspirale bewegt. Deshalb ist es entscheidend, den Weg zurück zu gehen und die Debatte über den Umgang mit Mobilitäts- und Diversitätseffekten dorthin zurück zu holen, wo diese Effekte empirisch betrachtet die entscheidende Herausforderung darstellen, nämlich in die Stadtgesellschaft. Dies ist der Raum, wo man sich sachadäquat zu arrangieren hat. Und hier wäre es nicht nur sinnvoll, sich diesen

Herausforderungen zu stellen, sondern sie auch langfristig etwa im Kontext im Rahmen integrierter Stadtentwicklung zum Thema zu machen, wie das z.B. Städte wie Toronto oder Birmingham erfolgreich vorführen.

Tatsächlich gibt auch in Duisburg z.B. Hinweise drauf, dass man umzudenken beginnt. Freilich kommen diese Impulse eher “von außen” und *bottom up* aus der Zivilgesellschaft. Der in Deutsch, Rumänisch und Bulgarisch vorliegende “Wegweiser für Neu-EUBürger/ innen aus Bulgarien und Rumänien in Duisburg” von der Internationalen Initiative Hochfeld e.V. ist ein Schritt in die richtige Richtung, weil er die Neuen einfach als Stadtbürger betrachtet, die für ihr Arrangement Basisinformation über die lokalen Gegebenheiten benötigen. Sinn macht eine solche Information freilich erst, wenn sie von den Bedürfnissen (*needs*) und Fragen der Neuen ausgeht und wenn das Ganze in eine neue Mobilitäts- und Diversitätspolitik der Stadtgesellschaft eingebettet wird¹⁶.

Mit “Zurück auf Los” ist hier gemeint, dass die Stadtgesellschaft ihren eigenen Weg beim Umgang mit Mobilität und Diversität gehen muss – einen Weg, bei dem sie die Bedürfnisse der gesamten Bevölkerung, der Vielen als Viele, also den lokalen Fußabdruck in einer globalisierten Alltagswirklichkeit zugrunde legt, sie alle auf gleicher Augenhöhe in ihre Strukturen einbezieht, sie zivilgesellschaftlich beteiligt und ihren individuellen Lebensstil, ihre jeweilige soziale, sprachliche, religiöse und kulturelle Orientierung als Teil der lokalen gesellschaftlichen Wirklichkeit anerkennt (Gruber 2011).

- Die Stadtgesellschaft weist eine von überkommenen nationalgesellschaftlichen Konzepten völlig unabhängige und sehr viel ältere *eigenständige mobilitäts- und vielfaltsensible soziale Logik* auf, die es in den Mittelpunkt zu rücken gilt (Bukow 2011:119). Es kommt darauf an, diese Sensibilität stark zu machen und für das Konzept einer *Stadt für alle (inclusive city)*, zu nutzen, also die gesamte Einwanderungsdebatte an prominenter Stelle in die Diskussion über eine integrierte Stadtentwicklung (*Charta von Leipzig*) einzubauen.
- Die Stadtgesellschaft basiert auf dem Zusammenleben *aller ihrer hier und heute lebenden Bevölkerungsgruppen*. Eine Strategie, bei der bestimmte Bevölkerungsgruppen aus wirtschaftlichen und/oder sozialen Gründen oder wegen ihrer Herkunft oder Religion nach nationalstaatlicher Logik benachteiligt werden, würde die für jedes Zusammenleben unabdingbaren Gerechtigkeitsprinzipien verletzen und eine Marginalisierung und Ausgrenzung aller derjenigen zur Folge haben, die nicht über eine entsprechende kulturelle, ökonomische oder soziale Definitionsmacht verfügen. Die ersten Opfer sind in diesem Fall Einwanderer und Minderheiten. Und Roma, die oft beides sind, wären dazu in diesem Fall besonders prädestiniert.
- Lokale wie internationale Erfahrungen zeigen, dass es vor allem darauf ankommt, *Gerechtigkeit, Fairness, Wertschätzung* zu den Leitmerkmalen des urbanen Handelns zu machen. Damit kann man, wenn man sie wirklich konsequent praktiziert, nach allen Erfahrungen tatsächlich alle Gesellschaftsmitglieder, die Vielen als Viele, gewinnen, weil dies alle wollen, gerade auch die Einwanderer, die die Missachtung dieser Prinzipien am

¹⁶ Vgl Department of Citizenship and Immigration Canada, Region of Peel Immigration. Discussion Paper, Published February 2010 Integration of Immigrants Through Local Public Services Sarah V. Wayland

eigenen Leib erfahren haben.,. Zugleich verhindert man damit, Gruppen zu marginalisieren und sie gegeneinander auszuspielen

Wenn diese drei Überlegungen für alle transparent kommuniziert werden, wenn auch die Neuen sehen, inwieweit sie sich wo und unter welchen Bedingungen arrangieren können und die schon länger in der Stadt beheimateten Bevölkerungsgruppen sehen, dass alle in einem Boot sitzen und nicht gegeneinander ausgespielt werden, dann entsteht eine Atmosphäre, in der eine inklusive Stadtentwicklung möglich ist. Eine aktive Inklusionspolitik, eine gezielte Sensibilität für "Zwischenräume", ein needs-orientiertes Settlementkonzept zur Qualifizierung der Einwanderung, eine strukturell verankerte Diversitätssensibilität und die Praxis unterschiedlicher Sprachen, Gewohnheiten, religiöser Orientierung usw. wären Auswirkungen eines solchen "Zurück auf Los". Und es wäre es nicht mehr so einfach, Plausibilitätslücken mit Rassismen bzw. Antiziganismen zu füllen.

Literaturhinweise

Babina, Lucia (2010): Aufbruch in die Nähe, Wien, Lerchenfelder Straße. Mikrogeschichten zwischen Lokalidentitäten und Globalisierung ; mit 12 Essays zu sozialen Kunstpraxen, kritischer Stadtplanung und Straßenprojekten in Amsterdam, Bremen, Hamburg, Köln, Wien und Zagreb = Other places, Vienna, Lerchenfelder Street. Hg. v. Angela Heide. Wien, [Berlin]: Turia + Kant.

Bogdal, Klaus-Michael (2013): Europa erfindet die Zigeuner. Eine Geschichte von Faszination und Verachtung. 3. Aufl. Berlin: Suhrkamp.

Bukow, Wolf-Dietrich; Llaryora, Roberto (1998): Mitbürger aus der Fremde. Soziogenese ethnischer Minoritäten. 3. Aufl. Opladen: Westdt. Verl.

Bukow, Wolf-Dietrich (2001): Die multikulturelle Stadt. Von der Selbstverständlichkeit im städtischen Alltag. Opladen: Leske + Budrich.

Bukow, Wolf-D. (2008): Kriminalisierung als gouvernementales Instrument von Einwanderungspolitik In: Klaus Sessar (Hg.): Herrschaft und Verbrechen. Kontrolle der Gesellschaft durch Kriminalisierung und Exklusion. Berlin: Lit-Verlag. 157ff.

Bukow, Wolf-Dietrich (2010): Urbanes Zusammenleben. Zum Umgang mit Migration und Mobilität in europäischen Stadtgesellschaften. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Bukow, Wolf-D. (2013a): Mobilität und Vielfalt als gesellschaftliche Herausforderung. In Enzyklopädie Erziehungswissenschaft Online (EEO), Fachgebiet Interkulturelle Bildung, hrsg. von H.-J. Roth u. Ch. Anastasopoulos, Weinheim u. München: Juventa (www.erzwissonline.de DOI 10.3262)

Bukow, Wolf-D. (2013b): Über die Schwierigkeiten einer Stadtgesellschaft, sich in der Postmoderne auf einen zunehmend globalisierten Alltags einzustellen. In: Wolf-D. Bukow, Markus Ottersbach, Bettina Lösch, Sonja Preissing: Partizipation in der Einwanderungsgesellschaft. Wiesbaden. VS-Verlag für Sozialwissenschaften S. Im Druck

Bukow, Wolf-D. (2013c): Rassismus in der Stadt: In Suburban 2013 Im Erscheinen

Eckardt, Frank; Eade, John (2011): The ethnically diverse city. Berlin: BWV, Berliner Wissenschafts-Verlag (Future urban research in Europe, 4).

Gruber, Bettina (Hg.) (2011): Migration. Perspektivenwechsel und Bewusstseinswandel als Herausforderung für Stadt und Gesellschaft. Klagenfurt: Drava-Verl (Jahrbuch Friedenskultur, 2011).

Jonuz, Elizabeta (2009): Stigma Ethnizität. Wie zugewanderte Romafamilien der Ethnisierungsfalle begegnen. Verlag Budrich UniPress. Opladen.

Lausberg, Michael(2012) Antiziganistische Zustände: Das Beispiel Duisburg. DISS-Journal 24. Online unter: <http://www.diss-duisburg.de/2012/11/antiziganistische-zustände-das-beispiel-duisburg/>

Sassen, Saskia (2008): Das Paradox des Nationalen. Territorium, Autorität und Rechte im globalen Zeitalter. 1. Aufl. Frankfurt, M: Suhrkamp (Edition zweite Moderne).

Saunders, Doug (2011): Arrival city. [how the largest migration in history is reshaping our world]. London: Windmill Books. Online verfügbar unter <http://www.gbv.de/dms/faz-rez/FD1201110083247583.pdf>.

Vertovec, Steven (2010): Anthropology of migration and multiculturalism. New directions. London: Routledge.